

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7666.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 6666-55.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7666.

Bezugspreise: Durch den Verlag bezogen: M. 2.50 monatlich, M. 11.40 vierteljährlich, ohne
Zugabe; durch die Post bezogen: M. 2.50 monatlich, M. 11.40 vierteljährlich, mit Bestell-
geld. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Läger und alle
Verkaufsstellen. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Be-
zieher keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Anzeigenpreise: Ortliche Anzeigen M. 1.20, auswärtige Anzeigen M. 1.50, Briefliche Anzeigen M. 1.50, —
auswärtige Anzeigen M. 1.50, — für die einseitige Kolonisation oder deren Raum. — Bei wieder-
holter Aufnahme unveränderter Anzeigen entfällt der Nachschub. — Schluss der Anzeigen-
annahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an
vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. ~~www.wiesbadener-tagblatt.de~~

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 9, Bohlstraße 18, Fernsprecher: Amt Zentrum 11435-11437.

Mittwoch, 25. Mai 1921.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 237. • 69. Jahrgang.

Hardings „Gesellschaft der Nationen“.

Dz. Paris, 24. Mai. (Drachbericht.) Nach einer Kabel-
meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington ist
port geteilt worden bekannt geworden, dass der Vizepräsident
der Vereinigten Staaten in London, Harding, in großen
Zügen den Harding'schen Plan für eine „Gesellschaft der
Nationen“ darlegt, der dazu bestimmt ist, den bisherigen
Völkerbund zu ersetzen. Harding ist auch ermächtigt
worden, den Harding'schen Plan an die Vertreter der frem-
den Regierungen, zugleich mit den Bedingungen, die Amerika
für einen offiziellen Schritt in dieser Angelegenheit stellt,
zu übergeben. Der Harding'sche „Gesellschaft der Nationen“
liegt im allgemeinen der Plan der Haager Kon-
ferenz zugrunde. Besonders wird die Idee eines Welt-
rechtsorgans betont, vor dem Streitigkeiten in über-
einstimmung mit dem internationalen Recht verhandelt wer-
den sollen. Zwangsmaßnahmen sollen ausgeschlossen sein.
Harding habe die Anweisung erhalten, den Vizepräsidenten
Regierung klar zu stellen, dass sich die interessierten Mächte
im Sinne von Verhandlungen untereinander äußern sollen.
Als Anzeichen eines aufrichtigen Wunsches für das Zu-
kunftsgeschehen der neuen „Gesellschaft der Nationen“ wurde
zunächst die Anerkennung der amerikanischen Rechte mit
Rücksicht auf die jetzt getroffenen Entscheidungen betrachtet.

Ein deutsch-chinesischer Separatfrieden.

Dz. Paris, 24. Mai. Zu dem deutsch-chinesischen Über-
einkommen meldet die Dadas-Agentur aus Peking weiter:
Deutschland verpflichtet sich, China alle Vorteile aus dem
Friedensvertrag von Versailles anzuerkennen, erklärt sich
aber auf der anderen Seite, China die Konzessionen in Schantung
zurückzugeben. Das Arrangement sei aufgebaut auf dem
Grundsatz der Gegenseitigkeit, auf dem der meist-
begünstigten Nationen. Deutschland verpflichtet sich in einem
Zusatzabkommen, China die Internierungskosten für die
deutschen Untertanen zurückzugeben und die Annuität zu
bezahlen, die der Friedensvertrag von Versailles vorsieht.
Die chinesische Regierung verpflichtet sich, die Liquidierung
des deutschen Vermögens zu inhibieren und das Eigentum
der liquidierten und konfiszierter Güter zurückzugeben,
den alten deutschen Patenten wieder Geltung zu geben und
ein Abkommen mit der Deutsch-Chinesischen Bank zu treffen.

Deutsch-dänische Verhandlungen.

Dz. Kopenhagen, 24. Mai. Gestern nachmittag wurden
hier unter dem Vorsitz des dänischen Ministers des Äußeren
Scavenius zwischen Vertretern Deutschlands und Däne-
marks Verhandlungen eingeleitet zur Lösung einer Reihe
von Fragen, die sich aus der Einverleibung Nord-
schleswigs in Dänemark ergeben haben.

Die Verhandlungen gegen die deutschen Kriegs- beschuldigten.

Dz. London, 24. Mai. (Drachbericht.) Die Leipziger
Verhandlungen gegen die deutschen Kriegsbeschul-
digten werden in der gesamten Presse mit Aufmerksamkeit
verfolgt. Nach dem Bericht der „Daily Chronicle“
sind die englischen Vertreter der Ansicht, der deutsche Vor-
sitzende führe das Verfahren mit bewundernswerter
Unparteilichkeit.

Reichsminister Hermes über unsere Ernährungswirtschaft

Dz. Koblenz, 24. Mai. (Drachbericht.) In einer An-
sprache vor Vertretern der verschiedenen wirtschaftlichen
Organisationen erklärte der Reichsminister Dr.
Hermes, die Zwangsmassnahmen sollen von der
Landwirtschaft allmählich abgenommen werden.
Augenblicklich seien nur noch Zucker und Getreide von der
freien Bewirtschaftung ausgeschlossen. Dies dürfte aber nur
noch als eine Zwischenmaßnahme für den Übergang anzusehen
sein. Es werde mit dem weiteren vorsichtigen Abbau fort-
gefahren werden. Wir müssen eine Politik des natürlichen
Gleichgewichts verfolgen und können die Verbilligung der
Produktionsmittel nicht mit Reizmitteln betreiben. Wenn
die freie Bewirtschaftung für Getreide vorgenommen werde,
so müsste man mit einem zwei- bis dreifachen Preis für
den nächsten Winter rechnen. Wir müssen aber für einen erträ-
glichen Preis der Bevölkerung Sorge tragen. Für
die nächste Zeit müssen wir uns mit einer Erhöhung
des Preises abfinden, aber er müsse in erträg-
lichen Grenzen bleiben. Die „Blüte unserer Industrie“ sei
nur eine Scheinblüte, die das Ausland über unsere Lei-
stungsfähigkeit und unsere Lage täusche. Wir müssen den
Winter über noch an dem Abfederungsverfahren bezüglich des
Getreides festhalten, um im nächsten Winter ganz frei zu
sein. Bezüglich der von den Vertretern der Wirt-
schaftsorganisation vorgebrachten Wünsche erklärte der
Minister, dass er diesen Wünschen keine volle Unterstützung
ausser.

Gegen die Bildung von Freikorps.

Dr. Berlin, 24. Mai. (Eig. Drachbericht.) Um eine
Waffe gegen die Bildung von Freikorps zu haben, hat der
Reichspräsident auf Antrag des Reichsministers des Innern
folgende Verordnung erlassen: Verordnung des Reichs-
präsidenten über das Verbot militärischer Ver-
bände vom 24. Mai 1921 auf Grund des Artikels 48 der
Verfassung des Deutschen Reiches, insonderheit auch zur
Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
für das Reichsgebiet:

§ 1. Wer es unternimmt, ohne Genehmigung der zu-
ständigen Dienststellen Personen zu Verbänden militärischer
Art zusammenzuschließen oder wer an solchen Verbänden
teilnimmt, wird mit Geldstrafe bis zu 100.000 M. oder Ge-
fängnis bestraft.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Zeitpunkt der
Veröffentlichung in Kraft und dient für das ganze Reichs-
gebiet; mit Ausnahme des ober-schlesischen Abstammungs-
Landes, wo die interalliierte Abstammungskommission an-
wendbar ist.

Oberschlesien.

Englische Pressestimmen.

Dz. London, 24. Mai. Die „Times“ melden aus Ox-
ford, dass den Deutschen außer zahlreichen polnischen
Gefangenen auch unverletzte französische Munitionss-
tisten und viele Gewehre in die Hände fielen. Die „Times“
nennt den Verlust der britischen Regierung. Truppen nach
Oberschlesien zu entsenden, richtig und klug. Er sei ein nicht-
bares Zeichen dafür, dass die Alliierten zusammenstünden und
ihre Autorität gegenüber den Polen sowohl als auch den
Deutschen aufrechterhalten würden.

„Daily Chronicle“ schreibt es sei sehr wünschens-
wert, dass die Alliierten stark genug seien, um die Deutschen
und die Polen auseinander zu halten. Sie könnten auch
weiter einen Druck sowohl auf Warschau als auch auf
Berlin ausüben, damit die polnische, bzw. die deutsche
Grenze geschlossen bleibe. Das Blatt hat den Eindruck, dass
sowohl die polnische als auch die deutsche Regierung jetzt in
bezug auf die Schließung der Grenze aufrichtig handeln, dass
jedoch beide nicht genügend Kontrolle über ihre wilden
Männer an Ort und Stelle haben.

„Daily Telegraph“ meldet aus Berlin, wenn die
Freikorps, die Ortschaften überfallen oder andere derartige
Körperlichkeiten zum noch so große Dummheiten besaßen wür-
den, so wäre es doch vollkommen unecht, wenn man die
deutsche Regierung für diese Taten verantwortlich mache. In führen-
den Entente-Kreisen werde anerkannt, dass Herr Wirth
eine vollkommen aufrichtige Politik verfolgte.
— „Daily Telegraph“ erwartet bei dem heutigen Wieder-
austritt des Parlaments eine weitere Erklärung von
seiten der englischen Regierung über Oberschlesien. Es erbe-
sche auch die bedeutende Frage der Aufrechterhaltung der
Solidarität der Entente.

Die „Daily News“ schreiben, die Entsendung eng-
lischer Truppen nach Oberschlesien werde nicht den Deutschen
Vertrauen einflößen und sie daran hindern, polnische Aus-
sicherungen mit polnischer Wiederherstellung zu beantworten.
Die Ankunft britischer Truppen werde auch eine beiläufige
Wirkung auf die polnischen Insurgenten ausüben.

Eine französische Antwort auf die Note Lord Curzons.

Dz. Paris, 24. Mai. (Drachbericht.) Wie Vertinax
im „Echo de Paris“ schreibt, hat die französische Regierung
geteilt die Note Lord Curzons beantwortet. Punkt für
Punkt werden die Vorwürfe widerlegt, die die eng-
lische Regierung gegen die Haltung der französischen Truppen
in Oberschlesien erhoben hat.

Die Volksbefragung in Salzburg.

Dz. Wien, 24. Mai. Wie die Politische Korrespondenz
erfährt, hat Bundeskanzler Raab an den Landesbau-
mann von Salzburg telegraphiert, dass es im Hinblick auf
die allgemeine politische Lage geboten erscheine, die von den
politischen Parteien beabsichtigte Volksbefragung
hinauszuschieben; wenn dies aber nicht möglich sei, ihr
den Charakter einer privaten Veranstaltung zu geben
zu geben und insbesondere deutlich zum Ausdruck zu bringen,
dass die Regierung ihr vollkommen fern liege. Unter Hin-
weis auf die Bundesversammlung würden die Behörden und
Beamten anzuweisen sein, einer derartigen Veranstaltung
jede Unterstützung irgendwelcher Art zu verweigern.

Die Forderungen der Nationalversammlung von Angora.

Dz. Paris, 24. Mai. Der „Temps“ erzählt aus Kon-
stantinopel, die hauptsächlichsten Forderungen der National-
versammlung von Angora bezüglich einer Abänderung
des französischen türkischen Abkommens seien
folgende: 1. Grenzberichtigung; doch lehne die National-
versammlung die Einverleibung von Alexandrette in die
Türkei nicht in aller Form verlangt zu haben. 2. Abände-
rung des in London vorgeschlagenen wirtschaftlichen Regimes;
man wolle nicht, dass das türkische Gebiet in Einflussphären
aufgeteilt werde, doch werde man zum Entgelt bestimmte
Konzessionen gewähren. 3. Unterdrückung der für Cilicien
vorgesehenen gemischten Gendarmerie. 4. Der Waffenstill-
stand zwischen den französischen und den türkischen Truppen
soll erst nach der Räumung Ciliciens durch die Franzosen
beginnen. — Der „Temps“ erklärt, schon wegen dieses letz-
teren Punktes sei das Programm der Nationalversammlung
absolut unannehmbar.

Bandeneinfälle in Thrazien.

Dz. Athen, 24. Mai. Die Agence Athenes meldet, dass
türkische Banden, die sich als Kemalisten bezeichnen,
vom Schwarzen Meer her in eine Reihe von Dörfern im
türkischen Thrazien einfielen. Sie verübten Mordtaten,
plünderten und besehnen allerlei Ausschreitungen gegen die
dort ansässigen Griechen.

Die Unruhen in Alexandria.

Dz. London, 24. Mai. (Drachbericht.) Wie aus
Alexandria unter dem 23. Mai gemeldet wird, gelang
es der Polizei und ägyptischen Truppen, die Unruhen
um 3 Uhr morgens zu unterdrücken. Um 7 Uhr brachen
zahlreiche Feuersbrünste in der Stadt aus, die jedoch
geheimlich bzw. eingedämmt werden konnten. Um 3 Uhr be-
trug die Gesamtzahl der Verluste 23 Tote und 130 Ver-
wundete. Die Engländer haben keine Verluste, weder an
Zivilisten noch an Militär. Die Schieberien aus den
Dörfern von Europaern und Eingeborenen dauern an. Der
beschlagnahmte Offizier hat eine Proklamation veröffent-
licht, in der er mit der Eröffnung von Maschinenwaffen-
feuer gegen solche Häuser droht. Die Polizei nahm zahl-
reiche Verhaftungen vor.

Vor einer Regelung der Vayfrage.

Dz. London, 24. Mai. (Drachbericht.) Wie aus
Washington gemeldet wird, ist man in dortigen maß-
gebenden Kreisen der Ansicht, die Frage der Inel Vay ent-
weder als befriedigend und man rückt einer Regelung
bereits näher.

Die Notwendigkeit der Anliegeriedlung.

Eine der wirksamsten Reaktionsmittel der Polen in
Oberschlesien war das Koranische Siedlungsversprechen.
Wenn es vielfach auf fruchtbaren Boden fiel, so lag das zum
Teil daran, dass die früheren preussischen Regierungen es in
der Tat versäumt haben, den Bedürfnissen der breiten länd-
lichen Unterwelt gerecht zu werden. Die Republik hat
hierin sehr viel nachgeholfen. Besonders gilt es jetzt den
einen durch das Reichsiedlungsgesetz vorgeschriebenen Weg
der Siedlung mit aller Macht zu beschreiten, nämlich den der
Anliegeriedlung, d. h. der Vergrößerung bestehender Klein-
stellen zu lebensfähigen Kleinbauernbetrieben aus umliegen-
dem Grundbesitz. Die Anliegeriedlung ist nicht
unter den großen technischen Schwierigkeiten, die der Neu-
siedlung jetzt entgegenstehen. Sie erfordert bloß einen Stab ge-
schulter Vermessungsbeamter und eine Stelle, die zwischen
den Landbesitzern und Landgebern vermittelt. Besonders
in Mittelschlesien hat man in einer Reihe von Kreisen
eine erhebliche Anzahl von Kleinstellen vergrößert. In
den meisten anderen Gegenden ist, wenn man von einigen
Teilen der Provinz Sachsen ablässt, bisher sehr wenig ge-
schehen; ja man hat die Anliegeriedlung vielfach geradezu
zu hemmen gesucht. Der Grundbesitzer verhält sich zum
großen Teil ablehnend. Wo er sich bereit erklärt hat, Land
freiwillig abzugeben, hat er dahin getrebt, es nicht an die
Landbesitzer zu verkaufen, sondern nur auf einige Jahre
zu verpachten.

Seit hat die bisherige preussische Regierung nicht die
notwendige Energie aufgewandt. Die Ausführungsbestim-
mungen zum Reichsiedlungsgesetz legen den Kulturämtern
die Beachtung so vieler Sicherungsmaßnahmen auf, dass fast
von einer Erleichterung der Anliegeriedlung gesprochen
werden kann. Natürlich soll die Neuiedlung, d. h. die Begrün-
dung neuer Bauerntolonien auf bisherigem Grundbesitz
durch die Anliegeriedlung nicht beeinträchtigt werden, im
Gegenteil, beide Arten der ländlichen Siedlung müssen
reineinander tatkräftig gefördert werden. Die Neu-
siedlung mehr in den Gegenden, des stark überwiegen-
den Grundbesitzes, wie z. B. im Regierungsbezirk Stralund,
in einigen Teilen Ostpreussens, der Mark, Schleiens u. a.
Die Anliegeriedlung dort, wo ein starker Grundbesitz
einer mit Land ungenügend ausgestatteten Kleinbauern- und
Bauernbesitzerklasse ist. Es muss darauf hingewirkt werden,
dass die neue Regierung hier in ganz anderem Tempo voran-
geht, wie ihre Vorgängerin. Fast die Anliegeriedlung ohne
große Hilfsmittel und Schwierigkeiten ins Werk gesetzt werden
kann, ist ein Umstand, der wesentlich zu ihrer raschen Durch-
führung beitragen sollte. Der Anliegeriedlung steht nicht
das entgegen, was die Neuiedlung so überaus erschwert: die
Leuerung des Bauens und der Beschaffung aller Inventarien.

Stegerwalds Wohlfahrtsprogramm.

Br. Köln, 24. Mai. (Eig. Drachbericht.) Der bürger-
lich-politische Kongress in Köln schloß mit
einer Rede des preussischen Ministerpräsidenten und Wohlfahrts-
ministers Stegerwald, in der die Aufgabe der Zukunft die Vorbereitung
eines Gesetzentwurfes über die Tuberkulosefä-
hrung und die gezielte Regelung der Bekämpfung
der Geschlechtskrankheiten sei.

Vorbereitung eines Gesetzes über das Brautwein- monopol.

Bb. Berlin, 23. Mai. Der finanzpolitische Ausschuss des
Reichswirtschaftsrates hielt eine gemeinsame
Sitzung mit dem Ausschuss für Landwirtschaft und Ernäh-
rung ab, um über den Entwurf eines Gesetzes über das
Brautweinmonopol zu beraten. Zu dem Bericht der zur
Beratung eingesetzten Kommission liegt ein ausgear-
beitetes Gutachten vor, das nach eingehenden Erörterun-
gen zum Schluss der vereinigten Ausschüsse erhoben wurde.

Die Freigabe der Benzolbewirtschaftung.

Bb. Berlin, 23. Mai. Das Reichswirtschaftsministerium
tritt nunmehr für die Aufhebung der Benzolbe-
wirtschaftung ein. In der dem Reichswirtschaftsrat
unterbreiteten Begründung heißt es: Die Benzolmono-
wirtschaft läßt sich mit Erfolg nicht mehr aufrechterhalten.
Bei dem Schwanken im Beschäftigungsgrad der Benzol-
verarbeitenden Industrien ist eine zweckdienliche Ver-
teilung nicht durchzuführen. Die Industrien und die Land-
wirte nehmen vielfach nur einen Teil der ihnen antrags-
gemäß zugewiesenen Benzolmengen ab. Dies hat zur Folge,
dass Benzol häufig in großen Mengen auf den Märkten liegt,
während Verbraucher, die Benzolbedürfnisse nicht erhalten
haben, es entbehren. Der Benzolverband hat sich verpflichtet,
die Landwirtschaft und diejenigen Industrien, die auf Benzol
angewiesen sind, in gleichem Umfang wie bisher mit Benzol
zu versorgen. Auch ist er bereit, alle Teile Deutschlands in
der bisherigen Weise mit Benzol zu beliefern. Der Höchst-
preis soll bestehen bleiben. Dies wird durchführbar sein,
wenn 90 v. H. der Benzolverzeugung vom Benzolverband um-
schalt wird und dieser das Benzol über seine eigene Organi-
sation absetzt. Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichs-
wirtschaftsrates wird sich am 25. Mai mit der Angelegenheit
beschäftigen.

Der Deutsche Richtertag.

Dz. Leipzig, 23. Mai. Der Deutsche Richtertag
beschloß auf den Bericht des Reichsrichterrats Bewer-
bin die neu zu errichtenden Arbeitsgerichte unter Ein-
führung eines besonderen Verfahrens unter partieller
Beteiligung von Laien den Amtsgerichten anzugliedern.
Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit der Frage der
Zulassung der Frau zum Richteramt. Sie erachtete
die Frau nicht als zur berufsmäßigen Richterinnen geeignet.
Die überwiegende Mehrheit sprach sich auch gegen die Zu-
gleichung der Frau als Laienrichterin (Schöffen und Ge-
schworene) aus. Dagegen muß die Beteiligung der Frau
als Sachverständige und Beraterin namentlich in Strafver-
fahren mit weitgehenden prozessualen Befugnissen ge-
billigt werden.

Fortsetzung folgt...

Rhein-Armee.

Bekanntmachung.

Am 3. Juni, 11 Uhr, kommt in der Rheinbahn-
straße in öffentlicher Versteigerung eine
**zehnjährige hübsche
Füllenstute**

(guter Traber) zur Versteigerung.
Die Versteigerung erfolgt in Mark und Bezugsung.
Außer dem Verkaufspreis wird eine Erhöhung
von 7,50 % zugunsten der Schaphammer angerechnet.
Der Zahlungstermin ist S. P. 180.
Zahlungstermin.

Armée du Rhin.

Avis au public.

Le 3. Juni à 11 heures du matin il sera
procédé à la vente aux enchères publiques Rhein-
bahnstraße in Wiesbaden:

**1 belle jument de 10 ans trotteuse
et poulinière.**

Les enchères seront faites en mark.
Le paiement aura lieu au comptant. En outre
les prix de vente seront majorés de 7,50 % au profit
du Trésor.

Le payeur particulier du S. P. 180.
Tailleur.

Gewerbeverein Wiesbaden. G. B.

Am Montag, 30. Mai, hält der Gewerbe-
verein für Nassau seine Hauptversammlung im
Kurhaus ab. Bei den Verhandlungen und
Abstimmungen werden die Mitglieder durch
die von den Orts-Gewerbevereinen gewählten
Abgeordneten vertreten. Mitglieder, die sich
für die Verhandlungen interessieren, können
denselben auf der Galerie des kleinen Saales
beisitzen. Der kleine Saal ist mit Rücksicht
auf die Raumverhältnisse den Abgeordneten
vorbehalten.

Am Sonntag, 29. Mai, abends, im Kur-
garten: Gedenkabend (Gartenfest, Sängers-
vereinigung). Treffpunkt: Südl. Terrasse.

Mitglieder und ihre Angehörigen erhalten
Eintrittskarten, die zum Besuch des Kurhauses
an beiden Tagen berechtigen. In unserer Ge-
schäftsstelle, Gewerbehof, Zimmer 8, in den
Vormittagsstunden bis Samstag, den
29. Mai, mittags 12 Uhr.

Der Vorstand.

**Telephon-Anlagen für
Hausbetrieb Postanschluß.**
und
W. Kinnenberg, Langgasse 15.
Telephon 6595/596.

la Hochdruck
Gartenschläuche
**Rasen-
sprenger**
Strahlrohre
Überschraubungen.
empfehlen zu ermäßigten Preisen
Ph. Hch. Marx
Wiesbaden Tel. 806 Moritzstr. 21

Das Neueste
Eleganteste
Billigste
in 395
Schuhwaren
finden Sie bei
J. Drachmann
Neugasse 22.
Verkauf Parterre und 1. Stock. 395

Durch Umstellung meines Betriebes in
Schnell-Lastwagen
bin ich in der Lage, alle an mich gestellten Anforder-
ungen mit leichten und schweren Wagen zu billigen
Preisen gerecht zu werden.
Für Geschäften, Vereine, Klubs usw. steht
Fremder-Auto
zu Ausflügen zur Verfügung.

Heinr. Häbler jr., Lastautobetrieb
Schützenhofstraße 13. Telephon 3722.

Geschlechtsleiden
aller Art, auch chron., Behandl. d. seit viel. Jahren
sich gut bewährt. **Timm's Kräuteruren**, o.
Spritzen, o. Quecks. und o. Salv. o. Berufsstör.
Viele Dankschr. Ausführl. Broschüre gegen
Mk. 1.50 versendet diskret. **Dr. S. S. Rauwieser**,
Hannover, Braunschweig, Str. 2.

Kulmbacher Starkbier

der ersten Kulmbacher Aktien-Exportbier-Brauerei

13%

garantiert nur aus Gersten-Malz u. Hopfen hergestellt,

höchste Nährkraft

Gebinde offeriert Flaschen

Gen. **Richard Müller** Bier-
Vertr. Vertrieb. Import

Telephon 742. — Westbahnhof.

Bei Ausgabe der neuen
Zentralheizungs-Karten
bringe ich meine Firma in empfehlende Erinnerung.
Kohlenhandlung Carl Weygandt
Lager: Westbahnhof, Tel. 2207. Büro: Yorkstr. 3, Tel. 3365.

Zur Lieferung erstklass. **Qualitäts-Feilen**
sowie für das **Aufhauen**
stumpfer Feilen empfehle ich bei prompter Be-
dienung und bester Ausführung namentlich in
Bezug auf einwandfreie Härte
Eiddeutsche Feilenfabrik Albert Sigwart
Ludwigshafen a. Rh. F 57



**Sie finden
bei uns**

Gediegene zu billigen
Schuhwaren zu Preisen,
in geschmackvoller Ausführung.

**Schuh-
Kuhn**
Grösste Auswahl!
Bleichstrasse 11 Wellritzstr. 26

Rortstopfen für alle Zwecke
liefert billigst
Frans Schlegel, Rortstopfenschniderei
Zahnstraße 8. — Telephon 2677.

**Boiler
Reservoir**

Maschinenfabrik Wiesbaden
G. m. b. H.

Gesangunterricht
Atemtechnik, Stimmbildung
Meth. Prof. Eugen Hildach, Frankfurt (Main)
Else Schumann, Konzert- u. Oratoriansängerin
(früher Stralburg i. Els.)
Wiesbaden, Kaiser-Friedrich-Ring 74, 3.
Sprechst. 2—4 Uhr.

Perl-Auto-Oel Perl-Oel Industrie
Adolf Salfer 35 Tel. 395

Neue Anzüge Mk. 148.—

Prima neue Schuhe, Größe 40—44 Mk. 115.—
Prima braune Kinder-Schuhe, Größe 29—30 Mk. 90.—
Große Auswahl in Anzügen-Hosen.

Partiwarenhaus Hochstättenstr. 18
(Laden).

8 Trauringe
Dukatengold 900 gestempelt
18 kar. Gold 750
14 kar. Gold 585
8 kar. Gold 333 gestempelt v. 50.— an
Enorme Auswahl stets am Lager.

Bok 70 Kirchgasse 70
gegenüb. Maur. Hpt. Wiesbaden.
Tel. 6138.

Achtung! Die große Ankaufsstelle
für Schmiedgold u. Silber, Platin, Brillanten,
Zahngelbte, Gold- u. Silbergegenstände, Kleider,
Wäsche, Möbel, befindet sich immer noch bei
G. Schiffer, Kirchgasse 50, 2.
Telephon 4394.
Achtung! Achtung! Preis! Angenehmer Verkauf.

Erstklassige
Elektromotoren
Erich Delp
Biedrich am Rhein
Telephon 594

Pianos
in großer Auswahl,
H. Friedensquait,
von Mk. 900.— an,
ohne Nebenkosten
frei Haus. — Weit-
gehende Garantie.
Stets Gelegenheits-
kaufe.
H. Schöten, Wilhelmstr. 18
Tel. 5883.

**Gute gebrauchte
Möbel**
wie auch neue
finden Sie immer
zu den billigsten
Preisen in der
Möbelzentrale
Moritzstraße 78.

Maßanzüge
kompl. auf nur guten Zu-
taten unter Garantie für
guten Sitz von
Mk. 575.— an
(in reinwoll. Stoffen von
Mk. 1000.— an).
Em. Wenzel
Gen. Vert. und Fabrik-
Niederlage von Maß-
anzügen, Tüchfabrik.
Zweiganstalt Wiesbaden,
Kaiser-Friedrich-Ring 30.
Ede Schillerstr. 10.
Geschäftszeit ab 10 Uhr.
Telephon 1297.

Der kühne Schmutz
für Fenster, Veranda u.
Balkon und unentgeltlich
meine echten Gebirgs-
bänken. Preisliste
gratis u. franko. Betrug
überallhin. H. Guhl, Ge-
birgsbänken- u. Kalk-
Brennerei a. Chiemsee-
nach 26.
F 171

Bei Beginn der Saison
empfiehlt sich zur Lieferung
von
**Schlacht-
geflügel**
Ludwig Blüml
Eier- u. Geflügelhandel
Stranberg, Niederbarnen,
P. S. Tüchtige Ver-
treter gesucht.

Trauringe
(Jugentlos)
eigene Anfertigung, in 8,
14 u. 18 Krt., konkurrenz-
los billig. 308
C. Struck, Goldschmied
Michelsberg 15. Tel. 2196.

Verloren - Gefunden
Gestern abend a. d. W.
Johannisb. b. Bleichstr.
eine Brille verliert. Gegen
eine Belohnung abzugeben.
Johannisb. b. Bleichstr.
Str. 1, 3.
1 Paar w. Kinderhüte
(Gr. 21) verloren. Gegen
eine Belohnung abzugeben.
Schützenstr. 15. Dach.
Verloren
2 Paar Glace-Handschuhe
von K. H. H. b. Michels-
berg. Gegen eine Bel. abg.
K. H. H. b. Michelsberg.
Dachstuhl.
Schwarz. mit braunen Ab-
zeichen u. mehr. baarlos.
Stellen. entfallen. Gegen
Belohnung abzugeben.
Weidenstraße 36. 3. z.
Standesamt Wiesbaden

Sterbefälle.
Am 19. Mai: Schüler Engel-
bert Lang, 9 J.; Theaterdirektor
Dr. phil. Johannes Dornier, 41 J.;
41 J.; 22. Adolfer Karl
Reiter, 52 J.; Wäcker Simon
Reiter, 68 J.; Witwe Anna
Rann geb. Barth, 75 J.;
21. Güte Anna Blumenthal,
48 J.; 22. Kaufmann Wilhelm
Bruchholz, 53 J.; 23. Eisen-
bahnbetriebsleiter a. D. Ferdin-
and Teubner, 87 J.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie die überaus
zahlreichen Kranz- und Blumenpenden bei dem schweren Verluste
meiner lieben Gattin, unsern guten Mutter

Wilhelmine Emmermann

sprechen wir auf diesem Wege unsern aufrichtigsten Dank aus,
Besonderen Dank Herrn Pfarrer D. Schloffer für seine tröstenden Worte.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Karl Emmermann sen.

